

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 24. 33. Jahrg.

11. Juni 1920

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementpreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltvereins 3 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsaßstr. 95-98, 111. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden: 4258. Verlag: Joh. Hass, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideitz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die vierspaltigen Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition arbeiten*

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Der Anfang vom Ende. An die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes. Ein Arbeitsminister, wie er nicht sein soll — **Allgemeines:** Stand des graphischen Gewerbes in Holland. Ortsberichte: Brandenburg. Brandenburg, Graph. Kartell. — **Die photomech. Fächer:** Revision des Tarifes für das deutsche Lichtdruckgewerbe. Ein Unglück für den Verband. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Über das Ergebnis der Tarifverhandlungen im Lithographie- und Steindruckgewerbe vom 20. Mai hatten bis zum 7. Juni abgestimmt: Für den Abschluß 3871 Kollegen, gegen 1040 und 36 hatten weiße Stimmzettel abgegeben. Da durch die fehlenden Städte an dem Ergebnis nicht viel geändert werden kann, haben wir der anderen Vertragspartei, dem Verband Deutscher Steindruckereibesitzer, die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses mitgeteilt.

Der Verbandsvorstand.

Die Erklärung der Rechtsverbindlichkeit

der Nachträge I und II des Tarifvertrages für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe, sowie des Reichs-Tarifvertrages für die feinkeramische Industrie wird durch nachstehende Mitteilungen des Reichsarbeitsministers bekannt gegeben. Die Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe am 15. Oktober 1919 abgeschlossene Nachtrag I und der am 11. Januar 1920 abgeschlossene Nachtrag II zu dem allgemein verbindlichen Tarifvertrag vom 31. Mai 1919 zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gehilfen im Lithographie- und Steindruckgewerbe werden gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1456) für den Berufskreis und das Tarifgebiet des Tarifvertrages vom 31. Mai 1919 in gleichem Umfange für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit des Nachtrages I beginnt mit dem 15. Dezember 1919, die des Nachtrages II mit der ersten vollen Lohnwoche im Januar 1920.

Der zwischen dem Arbeitgeber-Verband der deutschen feinkeramischen Industrie, dem Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, dem Berufsverband deutscher keramischer Arbeiter im Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands, Sitz Berlin, dem Verband der deutschen Gewerkschaften, H. D., dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Zentralverband der Maschinenisten und Heizer und dem Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe Deutschlands abgeschlossene, am 1. Januar 1920 in Kraft getretene Reichstarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der gewerblichen Arbeiter in der feinkeramischen Industrie wird für den genannten Berufskreis gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1456) für das Gebiet des Deutschen Reiches für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 15. März 1920. Sie erstreckt sich nicht auf die feinkeramischen Handwerksbetriebe.

Der Verbandsvorstand.

Das Preisausschreiben zur Erlangung eines zeitgemäßen Briefkopfes für den Verband hatte das erfreuliche Ergebnis, daß 72 Entwürfe eingesandt wurden. Das Preisgericht setzte sich aus den Herren Professoren *Tiemann, Steiner-Prag*, und den Kollegen *Pfaff, Pitz und Weiße*, sämtlich aus Leipzig, zusammen. Mit dem ersten Preis »Tude« wurde Kollege *Wilhelm Harter*, Hannover, mit dem zweiten Preis »Avelum« Kollege *Friedrich Schenk*, Mannheim, mit dem dritten Preis »Julietten« Kollege *Karl Lamprecht*, Stuttgart und mit einem noch geschaffenen vierten Preise »Nanu« Kollege *Alfred Bonitz*, Leipzig, ausgezeichnet.

Der Entwurf »Amt« des Kollegen *Hans Gutgesell*, Offenbach, »Asphodele« des Kollegen *Friedrich Schenk*, Mannheim, »Hermes« des Kollegen *Otto Eckhardt*, Leipzig, »Fritz« des Kollegen *Erwin Jaiser*, Stuttgart, wurden »lobend erwähnt«. Wir danken allen Kollegen für ihre Mithilfe, die noch besonders gewürdigt wird.

Tarifamt für das deutsche Lichtdruckgewerbe

Berlin SW. 68, Markgrafenstraße 73, III.

Bekanntmachung.

Nach langwierigen Verhandlungen ist es dem Tarif-Ausschuß für das Deutsche Lichtdruckgewerbe in seinen Tagungen vom 27. bis 29. Mai 1920 gelungen, erneut den Tarif bis zum 31. Dezember 1920 abzuschließen und so die gemeinsame Berufsarbeit zu sichern. Der Tarif bleibt in seiner alten Fassung bestehen, bis auf die Änderungen der §§ 3, 9 und 10 (Arbeitslohn, Lehrlingswesen, Gültigkeitsdauer).

Gleichzeitig hat der Tarif-Ausschuß beschlossen, daß erstmalig am Freitag, den 4. Juni 1920 nachstehende neue Teuerungszulagen zu zahlen sind. |

Es erhalten:

Gehilfen unter 21 Jahren 20 Mk. wöchentlich von 21 bis 24 Jhr. 25.

Der Tarif-Ausschuß hat bei der ungeklärten Lage eine höhere Belastung nicht beschließen können. Um bei Änderung der Verhältnisse einen weiteren Ausgleich zu ermöglichen, beschloß der Tarif-Ausschuß, daß das Tarifamt für das Deutsche Lichtdruckgewerbe am 15. Juli d. Js. erneut zusammentreten soll, um in eine Prüfung der beruflichen Lage einzutreten und über die Möglichkeit eines weiteren Ausgleichs zu verhandeln. Sollte sich eine Einigung in diesen Verhandlungen nicht erzielen lassen, so tritt spätestens am 31. Juni 1920 der Tarif-Ausschuß zusammen, um eine endgültige Entscheidung zu fällen.

Die Einstellung von Lehrlingen ist bis zum Ablauf des Tarifes am 31. Dezember 1920 verboten, da das Verhältnis der Anzahl der Lehrlinge zu den z. Z. beschäftigten Gehilfen ein ungesundes ist. Wo bereits die Annahme vom 1. Juni bis 31. Dezember 1920 neu einzustellender Lehrlinge erfolgt ist, ist der darauf bezügliche vollständige Schriftwechsel bis zum 15. Juni 1920 beim Tarifamt zur Prüfung einzureichen. Das Tarifamt ist berechtigt, die Firmen zum Rücktritt von derartigen Annahmeverträgen zu veranlassen. Die Entscheidung des Tarifamtes darüber ist endgültig.

Die beschlossenen Änderungen sowie ein Verzeichnis der tarifreuen Firmen sind als Tarifnachtrag durch das Tarifamt zu beziehen.

Berlin, den 31. Mai 1920.

Albert Frisch, Prinzipalsvorsitzender
Hugo Albrecht, Gehilfenvorsitzender
Richard Köhler, Geschäftsführer.

Der Anfang vom Ende.

Die augenblickliche Wirtschaftslage, nicht nur Deutschlands, zeigt ein trostloses Gesicht. Der Warenumschlag stockt und die progressiv gestiegenen Warenpreise klettern die Stufenleiter wieder abwärts. Dieser Umschlag ruft in Deutschland einen Zustand herbei, der einer Katastrophe recht ähnlich sieht. Die vielgepredigte Anpassung der Warenpreise an den Weltmarktpreis hat sich als die schillernde Seifenblase erwiesen, die bei der geringsten wirtschaftlichen Veränderung zerplatzen mußte

und lediglich nur dazu gebraucht wurde, einen unverschämten Raubzug auf die Taschen der breiten Volksmassen zu maskieren. Selbst die ärgsten Pessimisten hätten in der unvergleichlichen Zeit der »Anpassung« sich nicht träumen lassen, daß dieses Kartenhaus, gebaut für die große Masse derer, die nicht alle werden, so schnell zusammenstürzen würde, um erneut den ganzen Widersinn der kapitalistischen Produktion im grellsten Lichte erscheinen zu lassen.

Die geringe Steigerung der Bewertung der Mark und die damit notwendigerweise verbundene stärkere Kaufkraft im Verein mit dem Sinken der Warenpreise im Ausland hat diese wirtschaftliche Depression herbeigeführt. Die fast auf den Nullpunkt gesunkene Bewertung der Mark hatte alle Kreise kapitalistischer Profitsucht zum Auslandshandel getrieben und bewirkt, daß selbst die geringen, vom deutschen Volke so notwendig gebrauchten Warenwerte ins Ausland verschoben wurden. Selbst das steinerweichende Gejammer über Deutschlands Ausverkauf konnte nicht den geringsten Erfolg erzielen, denn den Schiebern des Kapitals winkte ein Gewinn, der ihre an sich fast un-alle Warnungen, daß dieser Tanz um das papierne Kalb in einem jämmerlichen Katzenjammer sein Ende finden müsse, stießen auf taube Ohren, weil die Psyche der Profitgier eingestellt war auf die Losung der Herrschenden kurz vor der großen französischen Revolution: Nach uns die Sintflut!

Diese Sintflut raste mit unheimlicher Schnelle heran. Durch die höhere Bewertung der Mark schnellen die Preise der deutschen Waren zum Teil über den Weltmarktpreis hinaus und untergraben sich damit selbst die Möglichkeit ihres Absatzes. Auf der anderen Seite erwarten die deutschen Verbraucher durch die gestiegene Valuta und die gesunkenen Auslandswarenpreise ein Sinken der Preise und halten mit Käufen zurück, wo es nur irgend angeht. Das ganze Wirtschaftsleben gerät trotz starken Warenhungens in Stockung und die stärkste Krise, die jemals die deutsche Arbeiterschaft mit ihrem Pesthauch der Verelendung zutrieb, beginnt ihren Lauf.

Obwohl die Massen der arbeitenden Bevölkerung dringend der Kleidung, Nahrung und Wohnung bedürfen, obwohl gerade aus den Kreisen der Massenkonsumenten die dringenden Befriedigung lebensnotwendiger Bedürfnisse zum Himmel schreit, findet man keinen andern Weg aus dieser selbstverschuldeten Situation, als die Produktion einzuschränken oder ganz still zu legen. Aus allen Ecken und Enden Deutschlands flattern die Nachrichten hervor, daß massenhaft Arbeiter entlassen werden, Betriebe dem Stillstand verfallen. Die Lager sind voll und Gebrauchsgegenstände in gewisser Menge vorhanden. Anstatt die Preise zu senken und die dadurch bewirkte Steigerung der Kaufkraft zur Befriedigung lebensnotwendiger Bedürfnisse zu benutzen, ist man krampfhaft bemüht, die Preise künstlich hochzuhalten. Der Gewinn, der bis jetzt ob seiner Masse kaum in die Taschen zu stopfen war und nach statistischen Feststellungen in Gold berechnet, das Doppelte des Friedens betrug

— im Gegensatz zum Arbeitslohn, der nur halb so hoch war als vor dem Kriege, — soll auch nicht nur zu einem Teile geopfert werden. In alter Menschenfreundlichkeit soll wiederum die ganze Last auf die Schultern des arbeitenden Volkes gewälzt werden und trotz Einschränkung der Produktion und damit verbundener Arbeitslosigkeit verlangt das Kapital, um aus dieser Zwickmühle heraus zu kommen, Steigerung der Produktion, Verlängerung der Arbeitszeit und Reduzierung des Arbeitslohnes. Ganz besonders die Arbeitslöhne haben es ihnen angetan. Die Arbeiter verdienen zuviel Geld! So löts aus allen Schlünden bürgerlich-kapitalistischer Journalistik, obwohl zu hundert von Malen das Geständnis abgelegt werden mußte, daß der deutsche Arbeiter ob der gewaltig gestiegenen Preise für alle Produkte von Lebensnahrung und Notdurft immer mehr der Ver lumpung verfällt. Das Signal zur Reduzierung der Löhne gibt die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit einer Erklärung, die sie selbst betitelt: Die Grenze der Lohnforderung. Darin heißt es:

»Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in ihrer Ausschußsitzung vom 20. Mai in eingehender Aussprache die gesamte Wirtschaftslage Deutschlands erörtert. Sie hält es für ihre dringende Pflicht, den ersten Mahnruf an sämtliche ihr angeschlossenen Arbeitgeberverbände zu richten, jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen. Die Preise der deutschen Erzeugnisse haben die Weltmarktpreise ungefähr erreicht, zum Teil bereits überschritten. Schon heute stockt überall der Absatz. Eine abermalige Steigerung der Gesteuungskosten durch weiteres Anschwellen der Löhne und Gehälter und die daraus folgende Verteuerung der Preise muß zur Katastrophe führen und damit unabsehbares Elend über alle Kreise des deutschen Volkes, nicht zuletzt der Arbeitnehmer, bringen. Den Arbeitnehmern ist auch mit der reinen Steigerung der Löhne und Gehälter zugegebenermaßen der deutschen Wirtschaft kann nur geholfen werden durch vermehrte und verbilligte Produktion, die allein und durch sich eine Senkung der Preise bewirken kann.«

Mit welcher peinlicher Genauigkeit diese Anweisung von allen Unternehmern beachtet wird, beweisen allein schon zur Genüge die in letzter Zeit gepflogenen Unterhandlungen über neuzugewährte Teuerungszulagen in unserem Gewerbe. Erst in diesem Zusammenhange betrachtet, läßt sich ein Urteil darüber gewinnen, mit welchem Ernste die Beauftragten der Kollegenschaft ihre Pflicht zu erfüllen suchten und welcher Widerstand auf Seiten der Unternehmer von ihnen zu überwinden war. Zugleich vergesse man bei Bildung seines Urteils nicht zu beachten, daß in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges die aggressive Haltung des Unternehmertums üppig ins Kraut schießt und noch Stütze findet in der Haltung eines kleinen Teiles der Arbeiterschaft. Und in welcher Weise sich das Unternehmertum in Zukunft zu betätigen gedenkt, zeigt der Verlauf einer Sitzung des Tarifamtes für das Holzgewerbe, in der sich die Unternehmer nicht entblödeten, den gemeinsam angerufenen unparteiischen Vorsitzenden, Professor Dr. Franke, Vorsitzender der Gesellschaft für soziale Reform, in geradezu rüpelhafter Weise zu behandeln. Wohl hat Professor Franke die richtige Form gefunden, Unternehmerrfreiheit in seine Schranken zu weisen, aber der Vorfall selbst beleuchtet besser als alles andere die gegenwärtige Situation.

Daß die Löhne nicht bis ins aschgraue gesteigert werden können und eine gewisse Grenze nicht überschreiten dürfen, weiß jeder einigermaßen mit den Gesetzen der politischen Ökonomie Vertraute. Er weiß aber auch, daß die Löhne als Preis der Arbeitskraft so hoch sein müssen, daß die Arbeitskraft tagtäglich neu produziert werden kann, oder in anderen Worten: Der Lohn muß so hoch sein, daß die zur Existenz notwendigen Produkte ge-

kauft werden können. Der Lohn muß also in einem gewissen Verhältnis zu den Warenpreisen stehen und der Preis für die Ware Arbeitskraft gleich sein den Preisen der Produkte, die notwendig sind, die Arbeitskraft tagtäglich neu zu reproduzieren. Dieser Zustand ist ob der angeblich hohen Löhne noch lange nicht erreicht und die »Erklärung« ist weiter nichts als ein brutaler Angriff auf die Arbeiterklasse.

Ein weiteres Steigen der Löhne kann nur verhindert werden durch Senkung der Warenpreise. Daß eine Senkung der Warenpreise möglich ist und dadurch die Kaufkraft gesteigert werden kann, beweist die »Deutsche Allgemeine Zeitung« mit folgender Notiz:

»Rohstoffpreise und Fertigfabrikatpreise haben den logischen Zusammenhang verloren. Während die Preise für Rohstoffe, für deren Absatz Deutschland dem Ausland offen steht, täglich sich der Bewegung des Marktpreises anpassen bzw. in den letzten Wochen täglich entsprechend gefallen sind, gehen die aus diesen Rohstoffen hergestellten Waren in der Preisbewegung einfach nicht mit, weil hier etwaige Auslandskonkurrenz Einfuhr vorläufig an dem Walle der Einfuhrerlaubnisnotwendigkeit sich stößt. Ähnliches gilt auch für die Ganz- und Halbrohstoffe Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade, für die die Einfuhr vom Reichsminister nicht freigegeben wird. Auf Grund des derzeitigen Standes der deutschen Valuta kostet heute Kaffee roh in Holland etwa 9,50 Mk. per Pfund. Dieser Kaffee würde sich heute verzollt in Deutschland auf etwa 12 Mk. stellen. Der deutsche Großhandelspreis hält sich jedoch unter dem Schutz vor neuer Einfuhr noch auf 17 bis 18 Mk. Geschäfte kommen zu diesem gegen Anfang Mai um etwa 30 Prozent herabgesetzten Preise so gut wie gar nicht zustande. Die Kleinhandelspreise sind aber auch dieser Preisherabsetzung des Großhandels nicht annähernd gefolgt. Sie stehen mit 30 Mk. für gebrannt Kaffee nur etwa 10 Prozent niedriger als vor etwa 3 Wochen mit 48 Mk. notiert und kostet heute etwa 28 Mk. pro Kilo. Die noch auf teuer eingekauften Vorräten sitzenden Ladengeschäfte haben sich auch für Kakao den Preisherabsetzungen des Großhandels nur wenig angepaßt. Ähnliches gilt auch für Reis, der noch immer mit 8 Mk. per Pfund in den Schaufenstern steht. Noch kritischer klafft der Widerspruch zwischen der Bewegung der Großhandelsrohstoffpreise und den Kleinhandelswarenpreisen in der Textilindustrie. Während im Rohstoffhandel die Preise für Baumwolle und Wolle in den letzten sechs Wochen um mehr als die Hälfte, in den letzten drei Wochen noch um etwa 30 Prozent für Wolle, um etwa 35 Prozent für Baumwolle gefallen sind, versuchen die Ladengeschäfte mit 10- bis 20prozentigen Herabsetzungen der doch hauptsächlich durch die Rohstoffpreiserhöhungen und unter Hinweis auf diese aufgebauten Fertigwarenpreise die Kauflust der Verbraucher wieder anzuregen. Das Publikum aber sieht, daß das tägliche Fallen der Preise für die Rohstoffe nahezu ohne Einwirkung auf die ihm gebotenen Fertigwaren bleibt und kauft nicht. Auch für viele andere Waren, Bilder, Hüte u. a., die erst im letzten halben Jahre ihre Preise vervielfacht haben, scheint die Valutabewegung und die Möglichkeit über schwemmender Auslandskonkurrenz nicht zu existieren. Es stehen noch immer Strohhüte für 70 Mk. und Bilder aus Massenherstellung für 40 Mk. im Schaufenster, die man vor einem Jahre für den zehnten Teil dieses Preises kaufen konnte. Auch der geringfügige Preisrückgang für Schuhwaren steht in keinem Verhältnis zu den für Hüte eingetretenen Preisstürzen. Wenn auch die Löhne und sonstigen Unkosten in der Industrie nicht zurückgegangen sind, so macht doch der Rohmaterialwert in den meisten Warenpreisen einen so hohen Prozentsatz aus, daß dem Rückgang der Rohmaterialpreise in den Fertigwarenpreisen nicht annähernd Rechnung getragen ist.«

Diese Notiz zeigt, daß wohl eine Senkung der Warenpreise möglich ist, ohne die Löhne zu reduzieren. Wiederholt ist schon festgestellt worden, daß der prozentuale Anteil des Lohnes am Werte des Produktes gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich gefallen ist. Das heißt nichts anderes, als daß die Kaufkraft des arbeitenden Volkes ganz erheblich vermindert worden ist, seine Lage unter die Grenze der Existenzmöglichkeit herabgedrückt worden ist. Würde die Verbilligung der Produkte mit Hilfe der Senkung der Löhne erfolgen, so wäre das gleich einer wahnsinnigen Hungerperiode für die Arbeiterschaft. Ganz abgesehen von einer ganz unberechtigten Überverteilung der Arbeiter, wäre bei einer Reduzierung der Löhne zugunsten einer allgemeinen Preissenkung nicht im geringsten sicher, daß auch die Warenpreise entsprechend fielen, denn das Kapital hat bisher noch immer verstanden, selbst aus der schwierigsten Situation Extragewinne zu ziehen. Auf jeden Fall ist sicher, daß die Arbeiter dabei wie immer die Geprellten sind.

Auch bei dieser Betrachtung ergibt sich das eine mit positiver Sicherheit, daß auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft eben die brennenden wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart nicht mehr gelöst werden können. Die kapitalistische Produktionsweise hat ihren Höhepunkt erreicht, hat die innewohnenden Gegensätze und Widersprüche auf die Spitze getrieben und ist nicht mehr imstande, das Wirtschaftsleben wieder in »Ordnung« zu bringen. Der einzige Ausweg ist die Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische, die Beseitigung der Profitwirtschaft, der Aufbau der Bedarfswirtschaft. Die einzige und endgültige Lösung aller wirtschaftlichen Nöte des Volkes kann nur der Sozialismus bringen.

An die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes! schaff freier Angestelltenverbände!

Die Wahlen zu den Betriebs- Arbeiter und Angestelltenräten sehen vor ihrem Abschluß. Die neu gewählten Betriebsvertretungen haben in erster Linie Arbeitnehmerinteressen zu vertreten; sie sollen gleichzeitig dafür sorgen, daß künftig in der Warenerzeugung und Warenverteilung nicht lediglich private Gewinnrücksichten maßgebend bleiben, sondern den allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung Rechnung getragen wird. Die Handlungen der Betriebsräte dürfen jedoch nicht vom

Betriebsegoismus

einzelner Belegschaften getragen sein. Das solidarische Empfinden der gesamten werktätigen Bevölkerung und das Streben nach Verwirklichung gemeinwirtschaftlicher Gedanken sind die unbedingten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit der Betriebsräte.

Diese großen Aufgaben können die Betriebsräte nur in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften erfüllen. Dabei müssen Hand- und Kopfarbeiter zusammenwirken. Die Schwierigkeiten, die durch die getrennte Organisation von Arbeitern und Angestellten hierbei entstehen, können und müssen überwunden werden.

Die unterzeichneten Zentralstellen der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten sind dahin übereingekommen, alle Maßnahmen zur Durchführung der Aufgaben der Betriebsräte gemeinsam zu treffen und zu diesem Zwecke eine gemeinsame

Gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte einzurichten. Diese wird bis auf weiteres im Bureau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO. 16, Engelauer 151V, ihren Sitz haben.

Die Gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte wird die Richtlinien für die Betriebsräte in kürzester Frist den Ortsausschüssen des A. D. G. B. und den Ortskartellen der Afa übersenden. Ortsausschüsse und Ortskartelle müssen in gleicher Weise wie die Zentralstellen gemeinsam arbeiten, um die Tätigkeit der Betriebsräte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Zu diesem Zweck sind die Betriebsräte in die Gesamtorganisation der Gewerkschaften einzugliedern. Eine örtliche Zusammenfassung nach Industriegruppen, wie sie durch die Ortsausschüsse des A. D. G. B. in Berlin und Hamburg bereits vorgesehen ist, wird sich als zweckmäßig erweisen. Hierbei darf eine Trennung zwischen den Mitgliedern der Betriebsräte, die aus Arbeiter- und aus Angestelltenkreisen gewählt sind,

nicht eintreten. Die Ortsausschüsse des A. D. G. B. und die Ortskartelle der Afa müssen gemeinsam eine örtliche Zentralstelle für die Betriebsräte einsetzen.

Mitte Juni wird die nach Beschluß des Ausschusses des A. D. G. B. herauszugebende Betriebsrätezeitung erscheinen. Die von der Afa bereits herausgegebene Zeitung 'Der Betriebsrat' wird fortbestehen. Ob eine Verschmelzung der beiden Organe möglich und zweckmäßig ist, wird später entschieden werden.

Durch diese Zusammenarbeit der Betriebsräte mit den gewerkschaftlichen Organisationen muß ein gewaltiger wirtschaftlicher Faktor entstehen, der nicht nur zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens von den Folgen des Krieges, sondern zu seiner Umgestaltung zum Segen aller Arbeitenden entscheidend beitragen wird.

Jede Organisation der Betriebsräte, die einer bestimmten politischen Partei dienen soll, muß diesen naturgemäßen Entwicklungsgang stören. Wer aus parteipolitischen Gründen eine Sonderorganisation der Betriebsräte erstrebt, schwächt die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse. Diese kann und darf sich für die nächste Zeit und für absehbare Zeit nur in den Gewerkschaften konzentrieren und muß eins mit ihnen sein.

Nähere Anweisungen über die Durchführung dieser Organisation werden den Ortsausschüssen des A. D. G. B. und den Ortskartellen der Afa durch die unterzeichneten Zentralstellen direkt übermittelt werden.

Der Vorstand

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
C. Legien.

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände
Aufhäuser. Urban. Klinger.

Ein Arbeitsminister, wie er nicht sein soll.

Unter diesem Titel veröffentlichten wir in Nr. 20 der 'Gr. Pr.' eine Antwort des Arbeitsministers Schlicke an den Deutschen Buchdruckerverein auf die Frage: ob nach Verkürzung der Arbeitszeit entlassene Arbeiter wieder eingestellt werden müssen, wenn die Arbeitszeit wieder heraufgesetzt wird. Zu dieser Antwort Schlickes nahmen die Vertreter der graphischen Gewerkschaften auf einer Konferenz in Leipzig Stellung und gaben ihre Ansicht in einem Telegramm dem Reichsarbeitsminister bekannt. Die auf dieses Telegramm nun eingegangene Antwort hat folgenden Wortlaut:

Der Reichsarbeitsminister. Berlin NW 6, 21. Mai 20. VI. 4872. Luisenstr. 32-34.

Unter Bezugnahme auf die Besprechung vom 25. April 1920 selbstverständlich nur solche Fälle im Auge gehabt habe, in denen es sich tatsächlich um eine durch Arbeitsmangel erforderlich gewordene dauernde Verkürzung der Arbeitszeit handelt, und in denen diese dauernde Verkürzung der Arbeitszeit unter Mitwirkung der gesetzlichen Vertretung der Arbeitnehmer gemäß § 78 Ziffer 2 des Betriebsrätegesetzes ordnungsmäßig erfolgt ist. Soweit eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne ausreichenden sachlichen Grund in der Absicht vorgenommen sein sollte, die Arbeitnehmerzahl herabzusetzen, so läge hierin eine unzulässige Umgehung der Verordnung vom 12. Februar 1920 ('Reichsgesetzblatt' S. 218), die den Schlichtungsausschuss berechtigt würde, auf WiederEinstellung der zu Unrecht Entlassenen zu erkennen.

An den Verband der Deutschen Buchdrucker in Berlin.

Die Freude, die ob der Antwort Schlickes vom 25. April an den Deutschen Buchdruckerverein im Lager des gesamten Unternehmertums herrschte, hat durch die Antwort an den Verband der Buchdrucker einen gewaltigen Dämpfer erfahren. Zweimal betont der Minister darin, daß sich die erteilte Antwort nur auf den Zustand einer dauernden Verkürzung der Arbeitszeit infolge Arbeitsmangel bezieht, die obendrein noch im Einvernehmen und unter Zustimmung des Betriebsrates erfolgt sein muß. Der angestrebte Versuch des Buchdruckervereins, die Verordnung vom 12. Februar 1920 zum Schaden der Arbeiter unwirksam zu machen, ist glänzend gescheitert und nach wie vor hat das Unternehmertum damit zu rechnen, daß der Schlichtungsausschuss jeder Willkür einen Riegel vorschiebt.

In der jetzt beginnenden Zeit des wirtschaftlichen Niederganges wird gerade die Frage der Entlassung von Arbeitskräften eine erhebliche Rolle spielen. In den Händen der Betriebsräte liegt es, immer darauf hinzuwirken, daß dort, wo infolge schlechten Geschäftsganges die Arbeitszeit reduziert und Arbeiter entlassen werden müssen, erst dann wieder voll gearbeitet wird, wenn die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt sind.

Stand des graphischen Gewerbes in Holland.

Das Ministerie van Landbouw, Nijverleiden Handel hat über die Entwicklung des holländischen Gewerbes im ersten Viertel des laufenden Jahres Erhebungen angestellt. Dem Ergebnis entnehmen wir die folgenden, uns besonders interessierenden Ausführungen:

Die allgemeinen Verhältnisse in den graphischen Betrieben, welche in den ersten drei Quartalen des letztvergangenen Jahres noch ziemlich viel zu wünschen übrig ließen und endlich im 4. Quartal zu einer Besserung führten, haben diesen Aufschwung auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres zu behaupten vermocht. Die graphischen Betriebe haben vollauf zu tun. Der allgemeine Zustand kann daher als recht günstig bezeichnet werden.

Auch die Steindruckereien zeigen wachsende Erzeugungsziffern; auch in diesem Fache liegen die Erwartungen sehr günstig.

Die Einfuhr von Druckartikeln (keine Bücher) erreichte im ersten Vierteljahr 1920 einen Wert von 557 148 Gulden, wovon 393 874 Gulden aus Deutschland stammten. Demgegenüber bewertete sich die Ausfuhr auf 309 191 Gulden, wovon für 112 697 Gulden nach Belgien und für 126 924 Gulden nach Niederländisch Ost-Indien gingen.

Die Einfuhr von Metalldruckbleiten und dergleichen stellte sich auf 97 015 kg, wovon aus Deutschland 84 350 kg stammten; die Ausfuhr betrug 36 959 kg, wovon 26 067 kg für Niederländisch-Ost-Indien bestimmt waren.

Allgemeines.
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparte des Berufes.

Ortsberichte.

Brandenburg a. H. Am Mittwoch, den 26. Mai gab Kollege Herbst in der hiesigen Zahlstelle den Bericht über die in Berlin geführten Tarifverhandlungen. Kollege Herbst führte im Eingang seiner Rede aus, wie schwer es den Unterhändlern geworden ist, zu einem Abschluß zu kommen, denn die von beiden Seiten gestellten Anträge wiesen sehr große Differenzen auf. In der folgenden Diskussion, in welcher von mehreren Kollegen betont wurde, daß wir den Ergebnissen, welche die Revision gebracht habe, wohl augenblicklich zustimmen müssen, im großen und ganzen aber nicht zufrieden gestellt sind. Der Lohn und die Erhöhung der Teuerungszulagen kommen bei der sprunghaften Teuerung sämtlicher Lebens- und Bedarfsartikel immer hinterher gehinkt. Brandenburg mit seinen 7/8 Prozent Ortszuschlag empfindet, wie sovieler andere Provinzstädte, welche als Vororte von Großstädten gelten, die enorme Teuerung, welche dort herrscht. Ein Antrag, daß der Ortszuschlag für Brandenburg auf 20 Prozent erhöht werden muß, fand einstimmige Annahme.

Die Abstufung der Teuerungszulage, da der Grundlohn schon genügend abgestuft ist. Wenn trotzdem die Annahme empfohlen wurde, so nur unter dem Hinweis der augenblicklichen Krise im Gewerbe. Die vorgenommene geheime Abstimmung ergab dann die Annahme des Tarifes.

Brandenburg a. H., Graphisches Kartell. Die Funktionäre der graphischen Verbände beschloßen in einer am 5. Mai abgehaltenen Versammlung einstimmig die Gründung eines graphischen Kartells. Nach einer regen Aussprache über Zweck und Ziele der Gründung von graphischen Kartellen, wobei es allgemein begrüßt wurde, endlich Vorarbeiten für einen hoffentlich recht bald kommenden Industrieverband leisten zu können, fand anschließend die Konstituierung des Kartells statt, wobei als 1. Vorsitzender O. Troitsch, Buchdrucker, Roonstr. 4, 2. Vorsitzender F. Krause, Buchbinder, 1. Schriftführer P. Anton, Steindr., 2. Schriftführer G. Panicke, Hilfsarbeiter, gewählt wurden.

Die photomech. Fächer.

Revision des Tarifes für das deutsche Lichtdruckgewerbe.

Der Tarifvertrag für das deutsche Lichtdruckgewerbe, der nach seiner eigenen Bestimmung bis zum 31. Mai 1920 lief, hätte bei Nichteinhaltung der vorgesehenen Kündigungszeit ein weiteres halbes Jahr Lebensdauer erhalten. Obwohl in den Kreisen des Lichtdruckgewerbes keine nennenswerte Gegnerschaft gegen einen Tarif vorhanden war, verlangte doch die gegenwärtige Zeit gebieterisch eine Abänderung verschiedener bisher geltender Positionen des Vertrages. Die Gehilfen, als der eine Kontrahent des Vertrages, verlangten die Beseitigung des Organisationszwanges, Verkürzung der Arbeitszeit, Herstellung einer einheitlichen Grundlage der Mindestlöhne, dazu eine entsprechende Teuerungszulage, Verlängerung der Ferienzeit, Verbesserung der Lehrlingskala und einige Veränderungen von untergeordneter Bedeutung.

Die Unternehmer dagegen beantragten, den Tarif ohne jede Veränderung bis zum 31. Dezember zu verlängern und ihn dann mit dem Chemigraphentarif zu vereinen. Ferner die Beibehaltung der 48 Stundenwoche und eine Reihe anderer Anträge, die strittige Punkte aus früherer Zeit behandeln. Zu einer Beratung dieser Anträge kam es in den Tagen vom 27. bis 29. Mai in Berlin, an der die Tarifauschussmitglieder sowie Vertreter der Verbände teilnahmen.

Genau wie im Lithographie- und Steindruckgewerbe, gestalteten sich auch die Verhandlungen im Lichtdruckgewerbe äußerst schwierig. Allen Anträgen der Gehilfen stellten die Unternehmer ein entschiedenes Nein gegenüber, während die Gehilfenvertreter mit den Anträgen der Unternehmer in gleicher Weise verfahren. Wiederholt schienen die Verhandlungen dem Abbruch nahe und erst in letzter Stunde des zweiten Tages konnte eine Kommissionsverhandlung eine Annäherung ermöglichen. Wie im Plenum, wurde auch in der Kommission die Umgestaltung der Mindestlöhne, Festsetzung der Ferien, die Lehrlingsfrage und die zu gewährende Teuerungszulage am heftigsten umstritten. Die Formulierung erfolgte erst am dritten Tage.

Nach dieser Formulierung behält der Tarif seine bisherige Fassung bis auf die §§ 3, 9 und 10. Die Absätze a, c und d des § 3 fallen und an deren Stelle tritt folgende Fassung. Der Mindestlohn beträgt für Gehilfen in Klasse E:

Im ersten Jahr nach vollendeter Lehrzeit 125,— Mk.
" zweiten " " " " " 131,25
hiernach bis zum vollendet. 21. Lebensj. 137,50 "
vom vollendeten 21. bis 24. Lebensjahr 155,75 "
Über 24 Jahre 175,— "

Für Gehilfen in Klasse D:
Im ersten Jahr nach vollendeter Lehrzeit 128,— Mk.
" zweiten " " " " " 134,65 "
hiernach bis zum vollendet. 21. Lebensj. 141,25 "
vom vollendeten 21. bis 24. Lebensjahr 159,90 "
Über 24 Jahre 179,40 "

Für Gehilfen in Klasse C:
Im ersten Jahr nach vollendeter Lehrzeit 131,— Mk.
" zweiten " " " " " 138,05 "
hiernach bis zum vollendet. 21. Lebensj. 145,— "
vom vollendeten 21. bis 24. Lebensjahr 164,05 "
Über 24 Jahre 183,80 "

Für Gehilfen in Klasse B:
Im ersten Jahr nach vollendeter Lehrzeit 133,— Mk.
" zweiten " " " " " 140,25 "
hiernach bis zum vollendet. 21. Lebensj. 147,50 "
vom vollendeten 21. bis 24. Lebensjahr 166,75 "
Über 24 Jahre 187,— "

Für Gehilfen in Klasse A:
Im ersten Jahr nach vollendeter Lehrzeit 135,— Mk.
" zweiten " " " " " 142,50 "
hiernach bis zum vollendet. 21. Lebensj. 150,— "
vom vollendeten 21. bis 24. Lebensjahr 169,50 "
Über 24 Jahre 190,— "

Bei den im Farbenlichtdruck beschäftigten Gehilfen erhöhen sich die Mindestlöhne um weitere 5,— Mk. pro Woche.

§ 3 Mindestlohn. Diese Mindestlöhne verrednen sich a) aus den Grundlöhnen, b) aus den Ortszuschlägen.

Die Klassifizierung des § 3, wie sie im bisherigen Tarif verzeichnet ist, bleibt mit der Änderung, daß Leipzig und Dresden in Klasse A versetzt werden.

Zu den festgesetzten Mindestlöhnen tritt erstmalig zahbar am 4. Juni 1920 nachstehende Teuerungszulage. Es erhalten:

Gehilfen unter 21 Jahren . . . 20,— Mk.
Von 21 bis 24 Jahren . . . 25,— "
Über 24 Jahre 30,— "

Da die Gehilfenvertreter bei der gegenwärtig ungeklärten Berufslage eine höhere Teuerungszulage nicht zu erreichen vermochten, verlangten sie mit Erfolg, daß in kürzester Zeit zur Sache Stellung genommen wird. Beschlossen wurde, daß das Tarifamt am 15. Juli erneut zusammenzutreten soll, um über einen weiteren Ausgleich zu verhandeln. Ist eine Einigung im Tarifamt nicht zu erzielen, tritt spätestens am 31. Juli der Tarifauschuss zusammen, um eine endgültige Entscheidung zu fällen.

§ 9 erhält einen Zusatz, g) während der Dauer der Tarifperiode, d. h. bis zum 31. Dezember 1920 dürfen Lehrlinge nicht eingestellt werden. Wo eingegangene Versprechungen auf Einstellung eines Lehrlings gegenüber Eltern vorliegen, können diese nicht erfüllt werden. Im Streitfall hat das Tarifamt zu entscheiden.

Die Bezahlung der Generalstreiktagte wurde, wie in allen anderen graphischen Berufen, abgelehnt. Die Bezahlung der stromlosen Tage dagegen auf Grund eines Urteils des Berliner Landgerichts I beschlossen.

Als die Gehilfenvertreter am Schluß der Beratungen sich dieses Ergebnis der Verhandlungen betrachteten, legten sie sich die Frage vor, ob nicht ohne Tarif für die Kollegen mehr erreicht werden kann. Trotz eingehender Prüfung aller Umstände und trotz dem mageren Ergebnis war Übereinstimmung darüber vorhanden, den Kollegen dieses magere Ergebnis zur Annahme zu empfehlen. Die Zahl derjenigen Kollegen, die in gutbeschäftigten Betrieben stehen, ist nicht sehr groß und ihr Einfluß wird, wenn die beginnende wirtschaftliche Depression weiteren Umfang annimmt, wiederholt dazu gebraucht werden müssen, den anderen in weniger günstigen Positionen stehenden den Status quo zu erhalten. Es ist ein Zeichen wirklich starken Klassenempfindens und Klassenbewußtseins im Anbetracht persönlicher Besserstellung zugunsten der Gesamtheit darauf zu verzichten und nur der Beurteilung der Gesamtlage Rechnung zu tragen. Von diesem Gesichtspunkt aus die Revision des Tarifvertrages betrachtet, kann es nur das eine Urteil geben: annehmen.

EIN UNGLÜCK FÜR DEN VERBAND

Volkshaus abgebrannt, schickt Boten mit Material! meldete dem Verbandsvorstand lakonisch der Draht. Die Nachricht wirkte niederschmetternd auf uns; obwohl wir von der Größe des Verlustes und den Ursachen des Unglückes noch keine rechte Vorstellung hatten. Wir nahmen zwar an, daß ursächlicher Zusammenhang mit dem im Gefolge des Kapp-Putsches stattgefundenen Kämpfen vorliegen könnte, glaubten jedoch nicht, daß die Wirklichkeit die schwärzesten Befürchtungen übertreffen würde.

Von der Außenwelt abgeschnitten, der Fernsprecher außer Betrieb gesetzt, wußte der Verbandsvorstand nichts von den Vorgängen in Leipzig. Es wurde als selbstverständlich angesehen, daß ich nach Leipzig fahren und helfend in die Dinge eingreifen sollte.

Und was fand ich in Leipzig vor? Vernichtet das stolze Heim der Arbeiter! Vernichtet die Einrichtung unserer Mitgliedschaft! Vernichtet die Sammlungen unserer technischen Zentrale! Vernichtet eine 30jährige Arbeit! Vernichtet ein Manuskripten eines umfassenden Werkes graphischer Technik! Alles restlos vernichtet!

Erschüttert stieg ich auf die noch rauchenden Trümmer; Aufregung und Qual zwangen mich zum Weinen. Ich schäme mich dessen nicht! Nur langsam wich die Betäubung.

Wie war das alles gekommen? Nach übereinstimmenden Aussagen hatten Verstoßene

leichten Minen beschossen worden war, gestürmt und dann in Brand gesteckt. Diese ruhlose Tat wurde ohne Not vollbracht. Kein Mensch war den

Genossen!

Freunde unserer Sache!

Helft uns beim Wiederaufbauen.

Spenden an das Gewerkschaftskartell
Leipzig, Viktoria-Hotel, Gerberstraße 1

Siegern im Hause entgegengetreten Die Tat ist aber auch sinnlos und nur geeignet, höchste Erbitterung zu erzeugen. Wohl ist die Leipziger und mit ihr die Deutsche Arbeiterschaft materiell empfindlich geschädigt worden; wohl war es möglich, kurze Zeit die gewerkschaftliche Arbeit ins Stocken und in Verwirrung zu bringen; doch wird der Opfersinn der Arbeiter und der der Gönner unserer Sache die großen Mittel für den Wiederaufbau beschaffen. Allein ist die Leipziger Arbeiterschaft hierzu nicht instande.

Es ergeht deshalb an alle der Ruf nach Kräften diese Mittel zu sammeln und unserer Leipziger Mitgliedschaft zu übersenden, die Gerberstraße 1 ein vorläufiges Unterkommen gefunden hat.

Nicht nur das Haus muß wieder errichtet werden, auch die Volkshaus G. m. b. H. mit ihren in Deutschland bekannten großartigen Einrichtungen muß erhalten bleiben. Bedeutende Vorräte für den Wirtschaftsbetrieb und für die Massenspeisung sind zugrunde gegangen. Sie mußten neu beschafft werden, da der Betrieb wieder aufgenommen wurde. Die beste Unterstützung hierbei ist reger Verkehr in den erhalten gebliebenen Räumen.

Weiterhin aber muß zur Wiedererrichtung der technischen Zentrale geschritten werden. Hierzu können alle Kollegen beitragen, durch Zuwendung von alten und neueren Drucken aller Techniken.

wenigstens zum Teil verwischen lassen.

Ernst Herbst.

Farbenlichtdrucker

werden dringend verlangt. Bewerbungen sind einzureichen bei der Geschäftsstelle des Tarifamtes, Berlin SW. 68, Markgrafenstraße 73.

Nach dem Ausland

Kamjenez, Pod. Ukraine

werden gesucht

2 Steindruckmaschinenmeister

2 Umdrucker

2 Lithographen

1 Kupferstecher

Angenehme, gut bezahlte und dauernde Stellung. Nur allererste Kräfte wollen sich melden und ihre Offerte richten an

Jos. Heim, Wien VI
Gumpendorferstraße 69.

Zeichner

erfahrene, nicht zu junge Kraft, gleich sicher in Feder- u Tuschzeichnung, für moderne Entwürfe zu Briefköpfen, Umschlägen, Plakaten usw. zum baldigsten Antritt in dauernde Stellung gesucht. Gehaltsansprüche und Muster erbeten.

Böhme & Co., Kommandit-Gesellschaft, Magdeburg-W.



Wolf's preisgekrönte

Bronzetinktur Kosmos

bürgt für das Halten auf gestrichenen und ungestrichenen Papieren und einer bisher unerreichten Hochglanz des Bronzedruckes. Auch bei Buntdruck hervorragende Wirkung erzielt. Eine Probe überzeugt!

J. H. Wolff, G. m. b. H.
Detmold.

Fachkundige Vertreter, auch ehem Obermaschinenmeister überall gesucht!

Formstecher - Filz

4,5 mm stark
sofort lieferbar

Aug Künnecke, Hann -Linden.

„Betromit“ Schnelltrockenmittel „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamem Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.

„Steingummi“ flüssig, Ersatz für edles Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- u. Aluminiumplatten.

„Enoldin“ - Druckpaste speziell für schlecht zu verdrückende Farben und Papiere.

„Enol“ - Drucktinktur - sehr geeignet für Bronzedruck.

„Goliad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel bei wasser heil, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich.

empfehlen
H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

ZINKDRUCKPLATTEN

1a, Zinkätze, Auswaschtinktur, Neuschleifen gebrauchter Platten.
KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO, 36, Wiener Straße 60
Fernruf: Moritzplatz 12289.

Druckwalzenflanschen

ab Lager und kurzfristig liefert zu äußersten Preisen
Max Kupko, Maschinenschlosserei, Eilenburg.

Kl. Steindruck-Handpresse

System Sutter, noch in gutem Zustande, kauft -

Joh. Malch, München,
Claude-Lorrain-Straße 11.

Ebenso bin ich Abnehmer von Bronzen aller Art, Gummi arabicum, fr Terpentin und Blattgold. Kollegen, die mir obiges vermitteln können, entschädige ich gern.

Verbandsnachrichten

Achtung! Bremen!

Alle Zuschriften sind zu richten an

Karl Voll, Steindrucker
Bremen, Plantage 48.

Der praktische Umdrucker.

Von Bernhard Enders. Preis inkl. Porto 1,40 Mk.
Verlag von Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.